

## **Stadt Leverkusen**

## **NIEDERSCHRIFT**

über die 19. Sitzung (18. TA)

**der Bezirksvertretung für den**

**Stadtbezirk I**

am Montag, 15.02.2016, Rathaus,  
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,  
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

### **Anwesend:**

#### **SPD**

Regina Sidiropulos

Bezirksvorsteherin

Jonas Berghaus

Sabine Fessl

Heinz-Josef Longerich

#### **CDU**

Andreas Eckloff

Fraktionsvorsitzender

Charalambos Georgiou

Frank Krause

Rüdiger Scholz

#### **BÜRGERLISTE**

Günter Schmitz

Stv. Bezirksvorsteher,  
Fraktionsvorsitzender

Horst Müller

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wolfgang Berg

#### **DIE LINKE**

Fabio Rongione

bis TOP 10

### **es fehlt entschuldigt:**

#### **PRO NRW**

Susanne Kutzner

**mit beratender Stimme nehmen teil:**

Panagiotis Kalogeridis

CDU (bis TOP 12)

Erhard T. Schoofs

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

BÜRGERLISTE

Peter Viertel

BÜRGERLISTE (bis TOP 12)

**Verwaltung:**

Michael Molitor

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Ingrid Noreiks

Finanzen (20)

Michaele Drescher

Recht und Ordnung (30)

Ingrid Samusch

Straßenverkehr (36)

Helga Vogt

Soziales (50)

Petra Cremer

Stadtplanung (61)

Christian Kociok

Stadtplanung (61)

Jürgen Kursawe

Gebäudewirtschaft (65)

Reinhard Schmitz

Tiefbau (66)

Wolfgang Herwig

Technische Betriebe Leverkusen (TBL)

Manfred Witowski

Stadtgrün (67)

**Schriftführung:**

Daniel Greger

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

## Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	5
2 Genehmigung von Niederschriften .....	6
3 Änderung der Schulbezeichnung der KGS Dönhoffstraße in KGS Möwenschule - Nr.: 2015/0831.....	6
4 IHK Manfort - Antrag der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 19.10.15 - m. Stn. v. 14.01.16 - Nr.: 2015/0875.....	7
5 Ausbau OGS Theodor-Fontane-Schule - Nr.: 2015/0822.....	7
6 Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) Solinger Straße .....	8
6.1 Straßenbauliche Erschließung der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Solinger Straße - Nr.: 2015/0905.....	8
6.2 Einziehung Rosendahlsweg - Nr.: 2016/0920.....	8
7 Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) 2016 des Zweckverbands Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) - Nr.: 2015/0901.....	9
8 Einführung einer Mobilitätskarte - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 14.01.16 - m. Stn. v. 28.01.16 - Nr.: 2016/0918.....	9
9 Parken an der Rheinallee auf dem Parkplatz an der Wacht am Rhein - Bürgerantrag vom 16.01.16 - m. Stn. v. 09.02.16 - Nr.: 2016/0956.....	10
10 Teilnahme Sonderprogramm "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" - Nr.: 2016/0959.....	10

11	Einrichtung einer Polizeiwache in Rheindorf-Nord - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 25.01.16 - m. Stn. v. 15.02.16 - Nr.: 2016/0945.....	11
12	Entwicklung der Innenstadt-Ost / Neue Mitte Leverkusen 1. Übertragung auf eine Projektentwicklungsgesellschaft 2. Erarbeitung durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe 3. Städtebaulicher Wettbewerb - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 26.01.16 - Nr.: 2016/0951.....	12
13	Gutachten zu Gefahrguttransporten im Autobahntunnel im Bereich der heutigen A1-Stelze - Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.16 - Nr.: 2016/0952.....	12
14	Mehrausgaben beim Ausbau der Ringstraße in Hitdorf - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 04.02.16 - m. erg. Schreiben v. 12.02.16 - Nr.: 2016/0955.....	13
15	Sanierung/Umbau einer Baumscheibe in der Fußgängerzone Wiesdorfer Platz -Kostensteigerung- - Nr.: 2016/0957.....	13
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 10/2015).....	14

## Öffentliche Sitzung

### 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Bezirksvorsteherin Sidiropulos eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Entschuldigt hat sich Frau Kutzner (PRO NRW).

Sie verabschiedet Herrn Melchert (SPD), der sein Mandant mit Wirkung zum 01.02.16 niedergelegt hat, begrüßt Herrn Heinz-Josef Longerich (SPD) als neues Mitglied der Bezirksvertretung I und nimmt seine Verpflichtung vor.

Rh. Scholz (CDU) verweist auf die Baumaßnahme für ein neues Wohngebäude an der Dhünnstraße/Ecke Van't-Hoff-Straße in der Kolonie II in Wiesdorf, über die aktuell in der Presse berichtet wurde. Seiner Meinung nach hätte die Bezirksvertretung I hierzu grundsätzlich beteiligt werden müssen, was allerdings nicht erfolgt ist. Herr Molitor (01) sagt eine Klärung und Beantwortung über z.d.A.: Rat zu.

Des Weiteren hat Rh. Scholz (CDU) eine Nachfrage zu dem geplanten Neubau des Verwaltungsgebäudes der pronova BKK an der Ecke Lichstraße / Peschstraße / Breidenbachstraße. Dieses Gebäude liegt nach seinen Informationen innerhalb der Planungszone 1 gemäß des gesamtstädtischen Seveso-II-Konzeptes. Die „Bullenklöster“ liegen dagegen beispielweise außerhalb dieser Zone. Schutzbedürftige Nutzungen müssten im Bebauungsplan entsprechend ausgewiesen werden, was seiner Meinung nach hier nicht passiert ist. Bei der damaligen Vorstellung des Seveso-II-Konzeptes im Rat wurde seiner Erinnerung nach von Frau Beigeordneter Deppe ausgeführt, dass in diesem Bereich des Seveso-II-Konzeptes maximal 100 bis 150 Beschäftigte in einem Gebäude untergebracht werden dürfen, bei dem aktuellen Bauvorhaben ist dagegen von einem Gebäude mit bis zu 600 Mitarbeitern die Rede.

Rh. Scholz (CDU) möchte von der Verwaltung in diesem Zusammenhang wissen, ob im vorliegenden Fall eine Sondergenehmigung für den Bau des Verwaltungsgebäudes der pronova BKK erteilt wurde. Sollte dies zutreffen, bittet er um Auskunft, warum eine ähnliche Sondergenehmigung nicht für den Neubau eines Vollsortimenters am Königsberger Platz oder die „Bullenklöster“ möglich ist?

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) teilt mit, dass er nicht gegen den Neubau des Verwaltungsgebäudes der pronova BKK Einspruch erheben möchte, sondern ebenfalls um Beantwortung der Frage bittet, warum diese Maßnahme möglich ist und andere Projekte in schutzbedürftigen Bereichen dagegen nicht.

Rh. Eckloff (CDU) erklärt, dass in seiner Fraktion ein schleichender Vertrauensverlust an der Person der Baudezernentin aufkommt. Er bittet um eine Vorabinformation zu den vorgenannten Fragen über z.d.A.: Rat und fordert Frau Beigeordnete Deppe dazu auf, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung I persönlich für die offenen Fragen der Politik zur Verfügung zu stehen. Frau Beigeordnete Deppe wird daraufhin von der Bezirksvertretung I eingeladen, an der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung I am 18.04.16 teilzunehmen.

## 2 Genehmigung von Niederschriften

Die Niederschriften über die 16. Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 30.11.2015, über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 11.12.2015 und über die 18. Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I gemeinsam mit den Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke II und III am 18.01.16 werden zur Kenntnis genommen.

## 3 Änderung der Schulbezeichnung der KGS Dönhoffstraße in KGS Möwenschule - Nr.: 2015/0831

Beschluss:

Die KGS Dönhoffstraße führt ab dem 01.02.2016 folgende Bezeichnung:

KGS Möwenschule  
Städtische katholische Grundschule  
Leverkusen-Wiesdorf  
- Primarstufe -

- einstimmig -

- 4 IHK Manfort  
- Antrag der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 19.10.15  
- m. Stn. v. 14.01.16  
- Nr.: 2015/0875

Frau Cremer (61) weist darauf hin, dass für die Umsetzung eines IHK für den Stadtteil Manfort zusätzliches Personal benötigt wird, welches sich zurzeit in der Ausschreibung befindet.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) möchte in diesem Zusammenhang bis zum Rat wissen, wie dieses zusätzliche Personal aus dem Haushalt 2016 finanziert werden soll.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 5 Ausbau OGS Theodor-Fontane-Schule  
- Nr.: 2015/0822

Beschluss:

1. Der Entwurfsplanung des Fachbereichs Gebäudewirtschaft zum Ausbau des Offenen Ganztags an der Theodor-Fontane-Schule wird zugestimmt.

2. Die prognostizierten Gesamtbaukosten für die Ausbaumaßnahme betragen gemäß Kostenberechnung nach heutigem Stand 530.000,00 € inklusive Mehrwertsteuer. Zur Finanzierung stehen die aus der Schnellübersicht ersichtlichen Mittel zur Verfügung.

3. Die Ausführungsplanung ist auf der Grundlage der Entwurfsplanung fortzuführen.

4. Mit der Durchführung der Maßnahme ist nach Beschlussfassung gemäß der vorgegebenen Zeitplanung zu beginnen.

- einstimmig -

- 6 Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) Solinger Straße
- 6.1 Straßenbauliche Erschließung der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Solinger Straße  
- Nr.: 2015/0905
- 6.2 Einziehung Rosendahlsweg  
- Nr.: 2016/0920

Die Tagesordnungspunkte 6.1 „Straßenbauliche Erschließung der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Solinger Straße“ (Vorlage Nr. 2015/0905) und 6.2 „Einziehung Rosendahlsweg“ (Vorlage Nr. 2016/0920), werden gemeinsam beraten.

Rh. Scholz (CDU) teilt mit, dass die Kommunen nach seiner Information die Kosten für die aufzunehmenden Flüchtlinge vom Land NRW unabhängig davon erstattet bekommen, ob diese Aufnahmezahlen tatsächlich erfüllt werden. Bei der derzeitigen Ist-Aufnahme von 114 % bekommt die Stadt Leverkusen somit lediglich Kosten bis einer Soll-Aufnahme von 100% erstattet, was zu einem Fehlbetrag von ca. 3.000.000 € führt, welchen die Stadt selbst tragen muss. Darüber hinaus müsste das Soll durch den höheren Faktor bei der Aufnahme von Landesflüchtlingsen sogar noch niedriger liegen (bei ca. 89 %). Die Stadt Köln hat dagegen nur eine Ist-Aufnahme von 69 % erfüllt (ca. 7.000 Flüchtlinge weniger als Soll), bekommt aber eine Kostenerstattung für die volle theoretische Soll-Aufnahme von 100 %.

Rh. Scholz (CDU) möchte von der Verwaltung wissen, ob der beschriebene Sachverhalt den Tatsachen entspricht.

Darüber hinaus möchte er folgende Fragen bis zum Rat beantwortet haben:

1. Welche Gesamtkosten hat die Stadt Leverkusen bereits vom Land NRW für die aus dem Jahr 2015 resultierende Flüchtlingsunterbringung erstattet bekommen?
2. Wie weit ist das aktuelle Ausschreibungsverfahren für die ZUE an der Solinger Straße fortgeschritten?
3. Wurde bereits ein (Vor-)Mietvertrag zwischen dem Land NRW und der Stadt Leverkusen für die ZUE an der Solinger Straße abgeschlossen? Ist dieser Vertrag einsehbar und wann bekommt die Bezirksvertretung I die Inhalte zur Kenntnisnahme?

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) gibt zu Protokoll, dass die ZUE am Standort Solinger Straße eine katastrophale Fehlentscheidung sei.

Frau Bezirksvorsteherin Sidiropulos lässt sodann nacheinander über die beiden Vorlagen abstimmen.



Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage Nr. 2015/0905

dafür: 6 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE)  
dagegen: 6 (4 CDU, 2 BÜRGERLISTE )

Damit ist die Vorlage Nr. 2015/0905 bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage Nr. 2016/0920

dafür: 6 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE)  
dagegen: 6 (4 CDU, 2 BÜRGERLISTE )

Damit ist die Vorlage Nr. 2016/0920 bei Stimmengleichheit abgelehnt.

- 7 Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) 2016 des Zweckverbands Nahverkehr Rheinland (ZV NVR)  
- Nr.: 2015/0901

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I nimmt den vorliegenden SPNV-Nahverkehrsplan 2016 (Anlage 1 der Vorlage) sowie die Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.15 (Anlage 2 der Vorlage) zur Kenntnis.

- 8 Einführung einer Mobilitätskarte  
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 14.01.16  
- m. Stn. v. 28.01.16  
- Nr.: 2016/0918

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) möchte von der Verwaltung wissen, welche Kosten für die Einführung der Mobilitätskarte entstehen und wer diese trägt.

Rh. Scholz (CDU) stellt klar, dass die Intention des vorliegenden Antrags war, die Einführung der Mobilitätskarte aus dem Mobilitätskonzept herauszunehmen und vorgezogen – zum 01.01.17 – umzusetzen. Aus der Stellungnahme der Verwaltung vom 28.01.16 und der Aussage von Frau Beigeordneter Deppe im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 01.02.16 wird deutlich, dass die Einführung der Mobilitätskarte im Rahmen des Mobilitätskonzeptes seitens der Verwaltung begrüßt wird.

Eine positive Beschlussfassung des Antrags Nr. 2016/0918 hätte jedoch zur Folge, dass die Mobilitätskarte und demnach auch das Mobilitätskonzept zum 01.01.17 eingeführt werden müssten.

Auf Antrag von Rh. Scholz (CDU) wird der Antrag Nr. 2016/0918 daraufhin einstimmig in den Rat vertagt und die Verwaltung bis dahin um Klarstellung des Sachverhaltes gebeten.

- 9 Parken an der Rheinallee auf dem Parkplatz an der Wacht am Rhein  
- Bürgerantrag vom 16.01.16  
- Nr.: 2016/0956

Beschluss:

Wie Bürgerantrag

- einstimmig abgelehnt -

- 10 Teilnahme Sonderprogramm "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"  
- Nr.: 2016/0959

Rh. Scholz (CDU) erklärt, dass die Intention seines Verweises auf das Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ war, die Aufwertung des Umfeldes am „Rheindorfer See“ durch die Verwaltung für eine Förderung vorschlagen zu lassen. In der vorliegenden Vorlage werden jedoch zwei andere Maßnahmen für das Sonderprogramm vorgesehen.

Frau Noreiks (20) stellt klar, dass die Förderrichtlinien des Sonderprogramms vorrangig darauf abzielen, investive Ausgaben für den Umbau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie investitionsbegleitende Maßnahmen für die Quartiersbetreuung bzw. das Quartiersmanagement zu unterstützen. Aus diesem Grund werden die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen priorisiert.

Herr Molitor (01) verweist auf den Ratsbeschluss vom 15.07.13 zum Antrag Nr. 2284/2013, der die Zielsetzung hat, die baurechtliche Überplanung des Geländes des ehemaligen Jugendhauses Rheindorf zu einer dem Gemeinwohl dienenden Freizeit-/Naherholungsfläche durchzuführen. Dieser Beschluss wurde mit Ratsbeschluss vom 11.05.15 zur Vorlage Nr. 2015/0514 nur für die durch die Containeranlage genutzte Fläche solange ausgesetzt, wie dieser Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen in Containerbauweise genutzt werden muss. Im Rahmen der „Sozialen Stadt Rheindorf“ wurden zudem bereits Aufwertungsmaßnahmen am Rheindorfer See durchgeführt.

Rh. Eckloff (CDU) verdeutlicht, dass die Umfeldoptimierung des Rheindorfer Sees ein zentrales Anliegen der CDU-Bezirksfraktion sowie der CDU-Ratsfraktion für diese Wahlperiode ist.

Rh. Scholz (CDU) teilt mit, dass die CDU-Bezirksfraktion beabsichtigt, einen entsprechenden Antrag zur Umfeldoptimierung des Rheindorfer Sees in die kommende Sitzung der Bezirksvertretung I zur Beschlussfassung einzubringen. Der anvisierte Umsetzungsbeginn des Vorhabens soll 2017 sein, ggf. in Form mehrerer nacheinander folgender Einzelmaßnahmen wie die Wiederherstellung des Fußweges um den gesamten See und das Freischneiden der Sichtachsen, das Anlegen eines zweiten Abgangs zum See an der Seite der Netzstraße und die Installation einer angemessenen Beleuchtung auf dem Fußweg um den See.

Frau Bezirksvorsteherin Sidiropulos lässt sodann über die Vorlage Nr. 2016/0959 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu Punkt 1 b)

- einstimmig -

Frau Bezirksvorsteherin Sidiropulos unterbricht die Sitzung für eine 10-minütige Pause.

- 11 Einrichtung einer Polizeiwache in Rheindorf-Nord  
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 25.01.16  
- m. Stn. v. 15.02.16  
- Nr.: 2016/0945

Der stellvertretende Bezirksvorsteher für den Stadtbezirk I, Herr Schmitz, übernimmt die Sitzungsleitung.

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I spricht sich im Verlauf der Diskussion mehrheitlich dafür aus, dass die Einrichtung einer Polizeiwache im Zusammenhang mit dem noch zu erstellenden Sicherheitskonzept für die Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) an der Solinger Straße zu prüfen ist.

Der stellvertretende Bezirksvorsteher, Herr Schmitz, lässt über den Antrag Nr. 2016/0945 mit dieser Änderung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt sich dafür einzusetzen, dass in Rheindorf-Nord im Zusammenhang mit dem zu erstellenden Sicherheitskonzept für die Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) an der Solinger Straße eine Polizeiwache eingerichtet wird.

dafür: 10 (4 SPD, 4 CDU, 2 BÜRGERLISTE)  
dagegen: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 12 Entwicklung der Innenstadt-Ost / Neue Mitte Leverkusen  
1. Übertragung auf eine Projektentwicklungsgesellschaft  
2. Erarbeitung durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe  
3. Städtebaulicher Wettbewerb  
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 26.01.16  
- Nr.: 2016/0951

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 13 Gutachten zu Gefahrguttransporten im Autobahntunnel im Bereich der heutigen A1-Stelze  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.16  
- Nr.: 2016/0952

Auf Antrag von Rh. Scholz (CDU) soll nachfolgende Änderung im letzten Absatz des Antrags in Abstimmung mit Frau Fessl (SPD) ergänzt werden:

(...) Da insbesondere das Thema Gefahrgut gegebenenfalls ein Kriterium sein könnte, das letztlich mit den Ausschlag gibt bei der Entscheidung des **Landes- und Bundesverkehrsministeriums** für einen Verbleib des Autobahnabschnitts in Hochlage, (...)

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 9 (4 SPD, 4 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
dagegen: 2 (BÜRGERLISTE)

- 14 Mehrausgaben beim Ausbau der Ringstraße in Hitdorf  
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 04.02.16  
- m. erg. Schreiben v. 12.02.16  
- Nr.: 2016/0955

Durch den Bericht der Verwaltung der Herren Herwig (TBL) und Schmitz (66) hat sich der Antrag Nr. 2016/0955 für die Bezirksvertretung I erledigt.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) beantragt jedoch, dass das ergänzende Schreiben seiner Fraktion vom 12.02.16 als Antrag zu werten und auf die Einladung der nächsten Ratssitzung zu setzen ist. Frau Beigeordnete Deppe soll im Rat persönlich zu dem aufgeführten Sachverhalt Stellung beziehen.

Darüber hinaus bittet Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) zu Protokoll zu nehmen, dass er es eigenartig findet, dass Frau Beigeordnete Deppe in der heutigen Sitzung nicht anwesend ist.

- 15 Sanierung/Umbau einer Baumscheibe in der Fußgängerzone Wiesdorfer Platz -  
Kostensteigerung-  
- Nr.: 2016/0957

Es besteht Konsens in der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I, dass über die mit Beschluss vom 31.08.15 zur Vorlage Nr. 2015/0665 hinausgehenden Baukosten in Höhe von 60.000 € keine weiteren Kosten für die Sanierung/den Umbau der Baumscheibe in der Fußgängerzone Wiesdorf zu Lasten des städtischen Haushaltes beschlossen werden.

Frau Fessl (SPD) und Rh. Eckloff (CDU) schlagen somit vor, den bisher beschlossenen Kostenrahmen von 60.000 € beizubehalten. Soweit eine Finanzierung der kalkulierten Mehrkosten über Sponsoren möglich ist, sollen diese Gelder zusätzlich eingesetzt und die Maßnahme entsprechend aufgestockt werden.

Hierüber lässt der stellvertretende Bezirksvorsteher für den Stadtbezirk I, Herr Schmitz, abstimmen.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der in der Begründung der Vorlage Nr. 2016/0957 erläuterten Erhöhung des Budgets für die Sanierung/den Umbau der Baumscheibe in der Fußgängerzone Wiesdorf auf 82.000 € nicht zu.

2. Die Maßnahme soll so modifiziert werden, dass sie mit den bereits beschlossenen Kosten in Höhe von maximal 60.000 € umgesetzt werden kann. Mehrkosten dürfen nicht zu Lasten des städtischen Haushaltes gehen.

3. Sollten Sponsoren für die Übernahme der offenen Mehrkosten gewonnen werden, soll die Maßnahme aufgestockt und neu ausgeschrieben werden. Auch für sich möglicherweise aus der Ausschreibung ergebe zusätzliche Mehrkosten müssten Sponsorengelder akquiriert werden. Für diese mögliche erweiterte Umsetzung der Maßnahme ist keine gesonderte Beschlussfassung der Bezirksvertretung I erforderlich.

- einstimmig -

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 10/2015)

Rh. Scholz (CDU) möchte wissen, wann mit einer Beantwortung seiner Anfrage zum Thema „Pacht von Grabelandflächen in der Verlängerung der Straße Am Vogelsang“ zu rechnen ist.

Herr Molitor (01) teilt mit, dass die Beantwortung in der kommenden Ausgabe von z.d.A: Rat veröffentlicht wird.

Der stellvertretende Bezirksvorsteher für den Stadtbezirk I, Herr Schmitz, schließt die Sitzung gegen 19:50 Uhr.

---

Regina Sidiropulos  
Bezirksvorsteherin für den  
Stadtbezirk I

---

Günter Schmitz  
Stellvertretender Bezirksvorsteher für  
den Stadtbezirk I

---

Daniel Greger  
Schriftführer